



Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Postfach 3269 | 55022 Mainz

Vorsitzenden des Ausschusses für
Wirtschaft und Verkehr
Herrn Andreas Rahm, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/1676
VORLAGE

DIE MINISTERIN
Daniela Schmitt
Stiftsstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-2202
Telefax 06131 16-4438
poststelle@mwwlw.rlp.de
www.mwwlw.rlp.de

30 . März 2022

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 10. März 2022

TOP 6 der EU-Taxonomie auf die Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen in
Rheinland-Pfalz

Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER nach § 76 Abs. 2 GOLT -Vorlage 18/1153

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

entsprechend der Zusage in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr
am 10. März 2022 erhalten Sie zu vorgenanntem Tagesordnungspunkt den
beigefügten Sprechvermerk.

Mit freundlichen Grüßen


Daniela Schmitt

Sprechvermerk

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 10. März 2022

TOP 6 Auswirkungen der EU-Taxonomie auf die Rüstungs- und
Sicherheitsunternehmen in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 18/1153 -

Anrede,

bevor ich auf die eigentliche Fragestellung zu sprechen komme, möchte ich zu allererst auf die veränderte Situation innerhalb von Europa eingehen:

Mit dem Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 durch das russische Militär hat sich sowohl die deutsche als auch die europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik über Nacht fundamental geändert. Die Bundesregierung spricht dabei von einer „Zeitenwende“ und kündigte in diesem Zuge an, einen speziellen Verteidigungsfonds im Wert von 100 Milliarden Euro einzurichten, um die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr zu erhöhen. Aber auch andere europäische Länder wollen Ihren Verteidigungsetat aufstocken. Darüber hinaus plant die Europäische Union zudem die Überarbeitung der EU-Militärstrategie, um zukünftig bei sicherheitspolitischen Fragen handlungsfähig zu sein. Die Rüstungsindustrie wird daher in Zukunft eine andere Rolle einnehmen, als bisher.

Nun aber zu den im Antrag genannten Auswirkungen der EU-Taxonomie:

Mit der Taxonomie hat die Europäische Union erstmals ein Klassifizierungssystem auf den Weg gebracht, welches ein einheitliches Verständnis der Nachhaltigkeit von wirtschaftlichen Tätigkeiten innerhalb der EU schafft. Damit sollen Kapitalflüsse in ökologisch nachhaltige Aktivitäten gelenkt werden.

Bisher orientieren sich die nachhaltigen Kriterien der Taxonomie ausschließlich an Umweltzielen. Darüber hinaus hat die EU jedoch auch über die Einführung einer sozialen Taxonomie nachgedacht. Dafür hat im Februar 2022 ein Expertengremium, die sogenannte *Plattform für nachhaltige Finanzen*, einen öffentlich-zugänglichen Bericht zu sozialen Aspekten vorgelegt. Diese Plattform ist ein Beratungsgremium welches die

Europäische Kommission zu verschiedenen Aufgaben und Themen im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der EU-Taxonomie beraten soll.

In dem genannten Bericht werden unter anderem Rüstungsgüter als sozial-schädlich eingestuft. Die hier in Rede stehende Branche wäre von einer solchen sozialen Taxonomie besonders betroffen.

Ob und in welcher Form die Europäische Kommission – insbesondere im Hinblick auf den aktuellen Krieg in der Ukraine – sich zu einer solchen sozialen Taxonomie positioniert, kann zurzeit von Seiten der Landesregierung nicht beurteilt werden.

Der einschlägige Branchenverband, der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V., begrüßt die einheitlichen Rahmenbedingungen von Umweltzielen durch die Taxonomie. Allerdings vertritt er die Auffassung, dass die Einführung sozialer Aspekte mit großer Sorge zu betrachten ist. Der Verband befürchtet durch die mögliche Einführung einer sozialen Taxonomie eine finanzielle Benachteiligung der gesamten Branche. In diesem Zug unterstreicht der Verband, dass Sicherheit die Grundvoraussetzung für nachhaltiges Leben ist.

In unserem Bundesland sind uns zum aktuellen Zeitpunkt dabei keine Unternehmen bekannt, die komplette Rüstungssysteme herstellen. Allerdings sind einzelne rheinland-pfälzische Unternehmen aus den Bereichen der Nutzfahrzeuge, der Herstellung von Munition für Handfeuerwaffen und von Pioniergeräten betroffen.

Aufgrund der zurzeit noch nicht vorliegenden EU-Verordnungen zur sozialen Taxonomie kann die Landesregierung keine Bewertungen zu den Auswirkungen auf die Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen sowie die hiermit verbundenen Behörden treffen. Eine Einschätzung kann erst erfolgen, sobald die sozialen Aspekte durch die Europäische Kommission festgelegt wurden.

Aufgrund der russischen Invasion in die Ukraine und der damit verbundenen neuen Situation in der Sicherheitspolitik, gehen viele Beobachter jedoch nicht mehr von einer entsprechenden Einordnung der Rüstungsindustrie im Zuge der sozialen Taxonomie aus.